



---

## Das WZB in den Medien Nr. 94/2019

23. August 2019

### Agenturmeldungen

„Mehr Platz für Bus und Rad: Mehrheit lehnt autofreie Städte ab“  
WZB zitiert in: dpa-Themendienst, 22. August 2019

### Printmedien

„Bulldozer auf Schleichfahrt“  
Wolfgang Schroeder zitiert in: manager magazin, 23. August 2019

„Nur die UNO vertritt die ganze Welt“  
Michael Zürn zitiert in: Salzburger Nachrichten, 23. August 2019

### Online-Medien

„Wir werden die Mobilitätswende noch erleben“  
Andreas Knie zitiert in: echo online, 23. August 2019

„Aktivisten von Fridays for Future: Jung, gebildet – und radikal?“  
Dieter Rucht zitiert in: Neue Osnabrücker Zeitung online, 22. August 2019

### Hörfunk/Fernsehen

„Führungskräfte in Brennpunktschulen“  
Marcel Helbig in: zdf nano, 21. August 2019 (ab Min. 21:20)

**Ressort:** Vermischtes

**Mediengattung:** Nachrichtenagentur

## (Z: 830) Mehr Platz für Bus und Rad: Mehrheit lehnt autofreie Städte ab (Mit Bild tmn2180 vom 22.08.19)

Essen (dpa/tmn) - Autofreie Städte lehnen viele Menschen ab (43 Prozent). Doch fast die Mehrheit der Befragten stimmt einem Fahrverbot für Fahrzeuge zu, die Schadstoffgrenzwerte überschreiten (49,8 Prozent). Das geht aus einer Umfrage hervor, die unter anderem das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt hat.

Auch den Ausbau von Fahrradwegen auf Kosten von Autoparkplätzen befürworteten 50 Prozent. Während 28 Prozent der Befragten diesen Vorschlag ablehnten. Rund 69 Prozent der Befragten stimmten aber einer Ausweitung gesonderter Fahrstreifen für Busse und Bahnen zu.

Das Marktforschungsinstitut forsa

befragte 7823 Haushalte online - davon füllten 6812 den Fragebogen vollständig aus. Die gemeinsame Studie von RWI und **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** wurde durch die Stiftung Mercator gefördert.

**Wörter:** 114

**Ort:** Essen

<b>Autor:</b>	Student, Dietmar	<b>Mediengattung:</b>	Zeitschrift/Magazin
<b>Seite:</b>	94 bis 98	<b>Jahrgang:</b>	2019
<b>Rubrik:</b>	Trends	<b>Nummer:</b>	9
<b>Seitentitel:</b>	TRENDS	<b>Auflage:</b>	124.845 (gedruckt) 109.384 (verkauft) 112.692 (verbreitet)
<b>Kurztitel:</b>	Als Verdi-Chef muss Frank Werneke die Gewerkschaft komplett umbauen – ganz ohne das Charisma seines Vorgängers.	<b>Reichweite:</b>	0,580 (in Mio.)

## PORTRÄT

# BULLDOZER AUF SCHLEICHFAHRT

Frank Werneke löst Ende September den ewigen Frank Bsirske an der Spitze von Verdi ab. Unter ihm soll die Gewerkschaft wie eine schlanke Firma funktionieren und wieder schlagkräftiger werden. Dabei ist der Mann selbst alles andere als ein Polterer. Von Dietmar Student

Er kennt diese ewig langen Nächte, wenn sie mit hohem Adrenalinspiegel bis zum Morgengrauen um Lohnprozente und Arbeitszeiten ringen. Nicht, dass er derlei besonders mag. Aber Frank Werneke (52) hält durch, besser als viele andere.

So auch am 3. Mai in Frankfurt, im abseits gelegenen "Relaxa-Hotel", dessen Name sprachlich in die Irre führt. Werneke zeigt es in dieser Nacht noch einmal allen. Hin und her geht es. Erst gegen fünf Uhr morgens, als nach rund 16 teigigen Verhandlungsstunden schon die Staubsauger des Reinigungspersonals summen, einigen sich die Arbeitgeber der Druckindustrie mit der von ihm angeführten Verdi-Truppe auf einen Tarifabschluss.

Nach siebeneinhalb Monaten unerbittlichen Arbeitskamps hat Werneke einen Deal, den Gewerkschaftssenior Detlef Hensche (80) später als "Bravourstück" lobt: Der zuvor von den Arbeitgebern gekündigte Manteltarifvertrag ist wieder in Kraft.

Werneke legt sich kurz hin. Am frühen Morgen genehmigt die Tarifkommission das Ergebnis. Dann muss er weiter nach Berlin, zur Verdi-Konferenz des Bundesfachbereichs Medien, Kunst und Industrie. Er übergibt dort sein Erbe, hält seine letzte Rede als Ressortchef. Schade nur, dass so wenig Zeit bleibt für den Fitnessklub am Gendarmenmarkt, in dem er bevorzugt abhängt.

Der Stress im Mai war nur ein Probe- lauf für das, was kommt. Auf dem Verdi-Bundeskongress Ende September soll Werneke Chef der mit knapp zwei

Millionen Mitgliedern zweitgrößten deutschen Gewerkschaft (hinter der IG Metall) werden. Dann löst er den Ewig- und-drei-Tage-Boss Frank Bsirske (67) ab, nach 18 Jahren.

Das Verdi-Volk ist wie aufgeschreckt. Bsirske war ihr erster und bisher einziger Anführer. Nun kommt ein anderes Gewicht und Gesicht: statt Schnauzer ein Drei-bis Fünftagebart. Auf den großen folgt der kleine Frank. Wenn ER abtritt, muss er den größten Umbau der Verdi-Geschichte stemmen: die Fusion der Machtzentren, also der Verdi-Fachbereiche. Es ist ein heißes Thema, bei dem sich manch Funktionär die Seele aus dem Leib fabuliert ("kapitalistische Brachialästhetik").

Ein neuer Chef, eine neue Organisation – mehr Alarm geht kaum. Dagegen wirkt das kaesersche Herrichten von Siemens wie ein Bonsai-Projekt. War Bsirske die Integrationsfigur, muss Werneke nun managen und umsetzen. Kann er das?

Die Findungskommission aus Mitgliedern des ehrenamtlichen Gewerkschaftsrats konnte sich gut vorstellen, dass künftig eine Frau den Laden leitet – schließlich sind 52 Prozent der Verdi-Mitglieder weiblich. Aber weder die Post-Beauftragte Andrea Kocsis (53) noch die Verkehrs-Fachfrau Christine Behle (51) drängte es auf die Stelle.

So steuerte das Schicksal auf Werneke zu, der den Job selbst als "eine der herausforderndsten politischen Funktionen in Deutschland" beschreibt. Hätte eine Frau kandidiert, verzichte er, ließ er wissen. Künftig immerhin wollen sie die

Gewerkschaft im Team führen: Werneke on top, die zwei starken Frauen (als Vize) ihm zur Seit' – auch das im Grunde eine Verdi-Weltrevolution.

Bislang war Bsirske der unumschränkte Dominator und ließ das auch viele spüren. Nachdem die fünf Einzelgewerkschaften ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), HBV (Handel, Banken, Versicherungen), DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft), DPG (Deutsche Postgewerkschaft) und IG Medien 2001 aus der Not und unter großen Schmerzen fusioniert hatten, presste Bsirske den Laden zusammen. Als Macher mit Instinkt für Macht und Mögliches: Er wusste, wann er sich kompromissbereit, wann krawallig geben musste. Selbst Kritiker loben seine Kitt-Kunst als "herausragend".

### Er versteht sich aufs Bluffen

Man startete euphorisch, war als damals größte Arbeitnehmerorganisation der freien Welt beseelt von konzertierter Kampfkraft. Doch der Bund litt unter einem Geburtsfehler. Aus Angst vor der übermächtigen ÖTV hatten kleinere Gewerkschaften eine komplizierte Matrix durchgesetzt, die ihren Einfluss absichern sollte. So entstanden 13 Fachbereiche, mit jeweils eigenem Budget und unterteilt in Fachgruppen, alles regional vervielfältigt, in Ländern, Bezirken und Ortsvereinen. Für die alle vier Jahre fälligen Organisationswahlen werden bis zu tausend Konferenzen abgehalten. Irre! Das Gewerkschaftsmotto "Wir schöpfen Einheit aus der Vielfalt" hat hohen Satiregehalt.

"Jeder Fachbereich will möglichst viel vom Kuchen", sagt der Kasseler Politikwissenschaftler **Wolfgang Schroeder**, "zulasten der inneren Solidarität und Investitionen in neue Branchen." Verdi ist unregierbar geworden, ein Tausend-Berufe-Konglomerat, zu dem Mülleinlander und Mullbindenwickler, Postbanker und Paketboten gehören. Und irgendwo wird immer gestreikt.

Gern erzählt Bsirske das Aperçu, er habe anfangs seinen Namen buchstabieren müssen. Nun also der Neue: Werneke, ohne "ck"; Vorname: Frank, wie Bsirske.

Mit dem runden Gesicht und den kurzen Haaren, die seine Ohren hervorstecken lassen, hat er etwas Bubenhaftes. Er ist oft adrett gewandet (Jackett, Pulli, Businesshemd). Für manchen Verdi-ner haftet ihm etwas "Geschäftsmäßiges" an, was in diesen Kreisen als Schimpfwort gilt.

Sein Privatleben – er wohnt seit 2001 in Berlin-Kreuzberg – hält er geschützt, über seine Herkunft spricht er. Werneke stammt aus Schloß Holte-Stukenbrock, einer aus der NRW-Gemeindereform entstandenen Kunststadt. Er sei in einem "typischen Arbeitnehmerhaushalt" aufgewachsen: Der Vater arbeitete für einen Mineralbrunnen, die Mutter nachts in einem Zeitungsbetrieb. Der Frank sei ein sehr strebsamer Schüler gewesen, erinnert sich dessen Real- schullehrer Friedhelm Ude (71), "nicht so auffällig, aber einer der Klassenbesten". Mathematisch interessiert ("ein Einser-Kandidat"). Er hatte eine gymnasiale Eignung, aber die nächste Oberschule war zu weit.

Mit 14 war er schon "Politik-Nerd", offenbarte er kürzlich der Hauspostille "Druck + Papier", die ihm mit einem wohlmeinenden Porträt Anschubhilfe für den Verdi-Vorsitz gab. Mit 15 trat er in die SPD ein. Die Partei war für ihn "das Progressivste in der Gegend", ließ er wissen. Was wohl vor allem an der Gegend (katholisch, CDU-dauerregiert) lag.

Er wollte eigentlich Drucker werden, ließ sich dann aber bei Graphia in Bielefeld zum Verpackungsmittelmechaniker ausbilden. Und schon als Jugendvertreter seines Betriebs lernte er Gewerkschaftsarbeit schätzen.

Ab 1993 stieg er dort, Höhenmeter um Höhenmeter, auf. Erst bei der IG Medien, später bei Verdi. "Ganz nachdrücklich", sagt er, hätten ihn seine Arbeitskämpferfahrten in den 90er Jahren geprägt. Eine wilde Zeit. Als die

Verlage Streikbrecher in Ostdeutschland einsetzten, "die sie im Ausland angeworben hatten".

Oft war er der Jüngste in seiner Position. Mit 34 im Bundesvorstand, ein Jahr später Bsirske-Vize. Er griff sich das Finanzressort, das ihm einen tiefen Einblick in alle Verdi-Verästelungen verschaffte. Er sei machtbewusst und karrierhungrig, sagen seine Kritiker. Wobei in der Basisrepublik Verdi einer schon als herrschsüchtig gilt, wenn er sich ein Mikro schnappt.

Hensche, der frühere Chef der IG Medien, war Wernekes Förderer. Der Intellektuelle nahm den Mann mit mittlerer Reife an die Hand, unterwies ihn in die Feinheiten des Tarifkampfes. Er sagt heute über Werneke: "Er ist klug und lernt schnell."

Mehr als ein Jahrzehnt lang hat Werneke die Tarifrunden bei Zeitungen und in der Druckindustrie geführt. Die Gegenseite sieht in ihm einen "Pragmatiker und Machttaktiker". Er versteht sich aufs Bluffen: Wenn er entrüstet den Saal verlässt und später, als sei nichts gewesen, zielgerichtet einen Kompromiss ansteuert. Er bleibt stets kontrolliert, lässt Dogmen draußen. "Das Durchsetzungsvermögen beim Führen von Tarifverhandlungen" hält er für eine wesentliche Antriebskraft.

Sein leichtes Lispeln lässt Aggressivität gar nicht erst aufkommen. Aber wenn sein Unterkiefer mahlt, werten Werneke-Watcher das als Indiz, dass er sich so gerade noch beherrschen könne.

Werneke sei "kein Hurratyp, der die Trompete rausholt und zum Angriff bläst", sagt Kajo Döhring, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Journalistenverbands, der mit Verdi konkurriert und kooperiert. Er besitze "ein gutes Gespür für die eigenen Reihen", könne seinen Leuten unweigerliche Abstriche von Maximalforderungen vermitteln.

Demnächst jedoch bekommt er es mit einem anderen Kaliber zu tun. Die Leute erwarten von ihm, dass er dann für den öffentlichen Dienst kämpft, das Privileg des Verdi-Vorsitzenden. Bsirske hat sich in seiner letzten Tarifrunde noch einmal gut in Szene gesetzt, den Bundesländern vor allem mehr Geld für Pflegekräfte und Erzieherinnen abgetrotzt. Werneke verharrte beim Verkündungsritual bescheiden in Reihe zwei.

"Es fällt jedem schwer, einem Charismatiker nachzueifern", weiß Mentor Hensche. Bsirske streckte früher mit hochrotem Kopf dem Politfeind schon mal beide Mittelfinger entgegen.

Undenkbar für Werneke. Der kann unfallfrei reden, ist für den ein oder anderen starken Spruch gut; das Marktschreien aber müssen andere übernehmen.

Von großer politischer Vernetzung (Berlin und Brüssel) ist ebenfalls noch wenig zu spüren. Werneke leitet im ZDF-Fernsehrat den einflussreichen "Programmausschuss Chefredaktion" (24 Mitglieder). Der Job bringt ihm Kontakte zu BDA-Chef Steffen Kampeter (56) oder Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda (44) ein. Und sonst?

Während Bsirske über die Deutsche Bank und RWE wacht, Kocsis die Post und Behle die Lufthansa kontrolliert, sitzt Werneke im Aufsichtsrat der Ruhrfestspiele Recklinghausen und der Axa Lebensversicherung AG in Köln. Letztere ist zweifelsohne ein großer Name, aber bei Lichte lediglich die Enkelin des französischen Mutterkonzerns.

Doch auch Grünen-Mitglied Bsirske war lange Politaußenseiter in der SPD-Gewerkschaftswelt. Und politisches Gespür hat Werneke zweifellos – sonst wäre sein Aufstieg undenkbar.

Vor allem hat er bewiesen, dass er heterogene Gebilde einen kann. Der Fachbereich 8, den er leitete, hatte zu Beginn zwölf Untergruppen, so viele wie sonst kein Verdi-Ressort. Heute sind es ein paar weniger; ein Sammelsurium mit Schriftstellern, Puppenspielern und Stahlwerkern.

Jetzt muss er auch die große Lösung wuppen. Aus 13 Fachbereichen sollen 5 werden. Das Ziel: weniger Kosten, mehr Effizienz. Schon 2017 wurde das Konzept entworfen, im September sollen es die Delegierten durchwinken, 2023 soll alles fertig sein.

Der tiefere Merger-Sinn erschließt sich intern jedoch nur wenigen. Es sei eine willkürliche Ballung; Fachkompetenz und damit Schlagkraft gingen verloren. Ein Gewerkschaftssekretär müsse als "eierlegende Wollmilchsau" arbeiten, heißt es in einem offenen Brief an den Bundesvorstand: heute Deutsche Telekom, morgen Staatstheater Celle.

Als wäre das nicht genug, läuft seit Jahren eine zweite Organisationsreform. Die Mitgliederbetreuung wird in Zentren gebündelt. Gleichzeitig sollen die Leute vor Ort mehr Zeit für die betriebliche Arbeit haben.

### **Eine Ü90-Quote ist drin**

Auch hier ruckelt es gewaltig. Es gebe zu wenig Personal, die Mitarbeiter seien überlastet, moniert der Gesamtbetriebs-

rat. Um Mitbestimmungsrechte im Großumbau durchzusetzen, wird oft die Einigungsstelle bemüht.

Binnenkonflikte, so weit Wernekes Auge reicht. Klar ist: Die Gewerkschaft ist auf Jahre vor allem mit sich selbst beschäftigt. Das Problem ist nur: Seit Gründung 2001 hat Verdi knapp ein Drittel der Mitglieder verloren (siehe Grafik "Schwindende Basis" Seite 96), obwohl der Dienstleistungssektor permanent wächst. Es treten zwar neue bei, meist infolge öffentlichkeitswirksamer Streiks; viele treten aber wieder aus. Hinzu kommen die demografisch bedingten Abgänge. Unterm Strich ergibt sich Jahr für Jahr ein Minus. Gleichzeitig steigt der Geldbedarf. Um die Arbeitgeber in die Flächentarifverträge zu zwingen, muss immer härter gerungen werden. Mittlerweile dürften mehr als 10 Prozent der Beitragseinnahmen in die Streikkasse wandern, früher waren es mal 3.

Auch die Mobilisierung wird immer schwieriger. Der Organisationsgrad in den Betrieben ist im Verdi-Schnitt auf unter 10 Prozent gesackt, im Handel sind es sogar nur noch 7.

Immerhin: Bei den Finanzen hat Werneke den Turnaround geschafft. Seit 2012 steigen die Einnahmen wieder, trotz Mitgliederverlusten, auf rund 450 Millionen Euro. Ein Grund: deutlich höhere Löhne und somit höhere Beiträge. Doch die Lage bleibt angespannt, gelingt nicht auch die Trendwende bei den Mitgliedszahlen.

Vom 12. Juli bis 10. August, 30 lange Tage, hat Frank Werneke erst einmal Urlaub gemacht – Vorschlafen sozusagen. Er will gut vorbereitet sein, wenn er beim Bundeskongress seine große Rede hält, Tagesordnungspunkt 14. Aber er muss nicht das Von-der-Leyen-Bangen kriegen. Zustimmungsquoten von Ü90 sind drin, falls der Wahlgott

nicht schon in den Herbstferien ist. Die Delegierten sind ja froh, dass sich der Frank den Job überhaupt antut. 1

**DIE SPALTUNG**Nachdem Beschäftigte aus der Versicherungsbranche sich bei Verdi nicht mehr vertreten fühlten, wandten sich 2010 auch Funktionäre der zuständigen Fachgruppe ab. Die Abtrünnigen gründeten die Neue Assekuranz Gewerkschaft (NAG) und zogen in wichtige Aufsichtsräte ein. Größter Erfolg: Der Ergo-Konzern blies 2017 nach NAG-Protesten den Verkauf von Lebensversicherungspolice an Finanzinvestoren ab. Verdi hatte sich nur samtig gewehrt – und war blamiert.

**DIE REAKTION**Unter Mitgliederschwund leidend, verfolgt Verdi eine knüppelharte Linie: Wo immer es geht, bekämpft man Spartenkonkurrenten – auch gerichtlich. Eine Ausnahme: Gegen die starke Ärztegewerkschaft Marburger Bund ist nichts auszurichten. Die NAG hingegen wurde mit einem Verfahren zur sogenannten Statusfeststellung überzogen. Arbeitsrichter sollten prüfen, ob sie überhaupt Tarifverträge abschließen darf.

**DER RECHTSSTREIT**Gestritten wird um die Kernfrage: Wie mächtig muss eine Gewerkschaft sein, damit sie als Tarifpartner agieren und bei Betriebs- und Aufsichtsratswahlen antreten kann? Bei Ergo in Hamburg rangiert die NAG vor Verdi – ist dort also mächtiger. Im Mutterkonzern Munich Re ist sie mit zwei Mitgliedern im Aufsichtsrat vertreten. Betrachtet man dagegen die gesamte

Branche (290.000 Beschäftigte), spielt die NAG nur eine minimale Rolle; hier gilt Verdi als omnipotent, obwohl ihr Organisationsgrad nur im einstelligen Bereich liegt. 2015 verweigerten Richter der NAG die Tariffähigkeit und entzogen ihr somit die Geschäftsgrundlage. Die NAG sieht Grundrechte verletzt und klagt vor dem Bundesverfassungsgericht. Sollte sie verlieren, geht es wohl vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dann würde der deutsche Mächtigkeitsbegriff überprüft.

**DIE GEFECHTSLAGE**Seit dem Arbeitsgerichtsurteil liefern sich NAG und Verdi eine Schlammschlacht. Mal fechten Verdi-Advokaten Betriebsratswahlen an, bei der eine NAG-Liste antrat, mal lehnen Wahlvorstände NAG-Vorschläge aus formalen Gründen ab. Die Folge: Die NAG kann sich nicht weiterentwickeln.

**DIE ARBEITGEBERROLLE**Für Verdi soll der Mächtigkeitsbegriff bleiben, wie er ist. Das sichert den Einfluss in vielen Branchen. Aber auch in der Funktion als Arbeitgeberin hat die gegenwärtige Rechtslage Vorteile: Verdi kann der kleinen, unbequemen Gewerkschaft der Gewerkschaftsbeschäftigten einen Tarifvertrag verweigern. Man verhandelt lieber mit dem Gesamtbetriebsrat – der darf nicht zum Streik aufrufen.

#### **MACHTBESESSEN**

Wie Verdi den kleinen Wettbewerber NAG bekämpft.

<b>Abbildung:</b>	DER KLEINE FRANK ... Werneke taucht gern, "allerdings nur im Urlaub". Typ: Herr Unauffällig. Sein Prä: Er ist kein Top-down-Mann, kommt aus der Arbeiterklasse und will im Team führen.
<b>Fotonachweis:</b>	Florian Gaertner / photothek.net
<b>Abbildung:</b>	... UND DER GROSSE FRANK Bsirske hat den Gemischtwaren-laden als One Man zusammengehalten und mit markigen Sprüchen Politik gemacht. Nach 18 Jahren geht Mister Verdi – in dieser Zeit hatte die IG Metall fünf Chefs.
<b>Fotonachweis:</b>	Murat Tueremis / laif
<b>Abbildung:</b>	LUFT Frauenpower, Teil 2: Christine Behle, ebenfalls Wernekes Stellvertreterin, kontrolliert die Lufthansa, hat dem irischen Gewerkschaftsfeind Ryanair einen Tarifvertrag aufgezwungen.
<b>Fotonachweis:</b>	Kay Herschelmann / Verdi
<b>Abbildung:</b>	BODEN Frauenpower, Teil 1: Werneke-Vize Andrea Kocsis sitzt im Aufsichtsrat der Deutschen Post, hat in diesem Jahr die brisante Ausgründung der Delivery-Sparte rückgängig machen können.
<b>Fotonachweis:</b>	Ute Grabowsky / Photothek / Getty Images
<b>Abbildung:</b>	AUFRUHR
<b>Abbildung:</b>	DER KLEINE FRANK ... Werneke taucht gern, "allerdings nur im Urlaub". Typ: Herr Unauffällig. Sein Prä: Er ist kein Top-down-Mann, kommt aus der Arbeiterklasse und will im Team führen.
<b>Fotonachweis:</b>	Florian Gaertner / photothek.net

**Abbildung:** ... UND DER GROSSE FRANK Bsirske hat den Gemischtwaren-laden als One Man zusammengehalten und mit markigen Sprüchen Politik gemacht. Nach 18 Jahren geht Mister Verdi – in dieser Zeit hatte die IG Metall fünf Chefs.

**Fotonachweis:** Murat Tueremis / laif

**Abbildung:** LUFT Frauenpower, Teil 2: Christine Behle, ebenfalls Wernekes Stellvertreterin, kontrolliert die Lufthansa, hat dem irischen Gewerkschaftsfeind Ryanair einen Tarifvertrag aufgezwungen.

**Fotonachweis:** Kay Herschelmann / Verdi

**Abbildung:** BODEN Frauenpower, Teil 1: Werneke-Vize Andrea Kocsis sitzt im Aufsichtsrat der Deutschen Post, hat in diesem Jahr die brisante Ausgründung der Delivery-Sparte rückgängig machen können.

**Fotonachweis:** Ute Grabowsky / Photothek / Getty Images

**Abbildung:** AUFRUHR

**Wörter:** 2350

**Autor:** Sn  
**Seite:** 6  
**Ressort:** Aussenpolitik  
**Rubrik:** Österreich  
**Mediengattung:** Tageszeitung

**Jahrgang:** 195  
**Nummer:** 195  
**Auflage:** 74.487 (gedruckt) 69.988 (verkauft)  
81.574 (verbreitet)  
**Reichweite:** 0,252 (in Mio.)

## Nur die UNO vertritt die ganze Welt

Der Weltsicherheitsrat als wichtigste Institution der Vereinten Nationen müsste dringend reformiert werden. Doch die fünf ständigen Mitglieder mit Veto-recht sträuben sich dagegen.

Es ist der größte Widersinn der aktuellen Weltpolitik. Mit immer größerer Wucht rollen auf die Erdenbewohner die großen, grenzüberschreitenden Probleme wie Klimawandel und Migrationswellen zu, die kein einzelner Nationalstaat mehr aus eigener Kraft zu lösen vermag. Aber vielerorts wachsen Bewegungen, die sich aus dem internationalen Kontext ausklinken wollen und das Heil im Nationalen suchen. Kirchturmpolitik anstelle kosmopolitischen Denkens also.

Mit der Devise „America First“ hat Donald Trump seine politische Grundmelodie intoniert. Zu Beginn der Amtszeit dieses US-Präsidenten haben hierzulande manche noch mit dem zustimmenden Hinweis reagiert, es sei doch selbstverständlich, dass ein Staatschef zuallererst die Interessen der eigenen Nation im Auge habe. Aber zweieinhalb Jahre später sind solche Beschwichtigungsformeln seltener zu hören. Zu nachteilig erscheinen mittlerweile die Folgen von Amerikas tendenzieller Abkehr von der internationalen Kooperation.

Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro ist nur einer von etlichen Staatenlenkern, die Trumps Beispiel folgen. Je mehr Staaten einen solchen Ego-Kurs steuern, desto weniger ist eine wirkliche Weltordnung wahrscheinlich. Stattdessen herrscht ein Durcheinander oder ein Chaos.

Denn von einem globalen politischen System lässt sich nach der Analyse des Berliner Politikforschers **Michael Zürn** dann sprechen, wenn drei Bedingun-

gen erfüllt sind: Erstens erkennen die Mitglieder des Systems an, dass es ein globales Gemeinwohl und zumindest einige Kollektivgüter jenseits des Nationalen gibt, die man gemeinsam anstreben sollte, wie das Überleben des Planeten oder die Sicherung des Friedens. Zweitens existieren internationale Institutionen, die das globale Gemeinwohl im Zweifelsfall auch gegen die kurzfristigen Interessen einzelner Mitglieder durchsetzen können. Drittens rechtfertigen diese öffentlichen Autoritäten ihre Maßnahmen vor einem breiten Publikum, letztlich vor der „Weltgesellschaft“.

Zwar gibt es an vielen Punkten Kritik am globalen politischen System. Aber im Kern beruht es auf der Anerkennung einer globalen Schicksalsgemeinschaft, die den Nationalstaat transzendiert.

US-Präsident Trump stellt mit seiner Politik freilich die normativen Grundlagen dieses Systems infrage. Eine Weltgemeinschaft, die gemeinsame Interessen verfolgt, kommt in seinem Weltbild nicht vor. Schon die Idee eines globalen Gemeinwohls weist er zurück. Stattdessen sieht er in der internationalen Arena ausschließlich das Ringen rivalisierender Mächte. Folglich sind für den Führer der derzeit einzigen Supermacht politische Institutionen zur Umsetzung gemeinsamer Interessen nicht notwendig. Amerikas Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen exemplifiziert diese Einstellung. Trump adressiert seine Politik in erster Linie an die eigene Wählerklientel zu Hause, er rechtfertigt sie kaum gegenüber der Menschheit außerhalb der USA.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA nennt als Ziele ausdrücklich die Erhaltung des Friedens und die Vergrößerung des amerikanischen Einflusses in

der Welt. Präsident Trump vertritt eine Globalsicht, in der sich das Politische auf die Rivalität von Mächten und auf das Nationale zu beschränken scheint. Das ist eine schlechte Botschaft für den Multilateralismus, von dessen Funktionen das Wohlergehen der Welt mehr denn je abhängt.

Von allen Kooperationsformen, in denen Länder vereint agieren, sind die Vereinten Nationen noch immer von zentraler Bedeutung. Denn sie haben, weil alle Staaten der Welt in der UNO versammelt sind, die größte politische Legitimation. Doch der Reformbedarf der Weltorganisation ist groß. Der für den Frieden zuständige UNO-Sicherheitsrat spiegelt mit seinen fünf vetoberechtigten ständigen Mitgliedern noch immer die politische Weltlage von 1945. Er müsste dringend erweitert und repräsentativer, zugleich aber auch handlungsfähiger gemacht werden. Aber alle Anläufe zu einer Neugestaltung des Weltsicherheitsrats sind bisher gescheitert. Die fünf ständigen Mitglieder USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien zeigen nämlich wenig Neigung, ihre privilegierte Machtposition schmälern zu lassen. Holen etwa die USA Japan mit an Bord, stärken sie damit ihre Stellung im Rat gegenüber China. Strittig ist auch, welche Staaten die bisher nicht vertretenen Entwicklungskontinente repräsentieren sollen: Indien, Brasilien, Mexiko oder Südafrika?

Dem UNO-Sicherheitsrat zur Seite gestellt werden sollte ein Wirtschaftsrat, der sich vorrangig um die soziale Sicherheit auf dem Globus kümmert – also auch die Folgen des Klimawandels managt, der neue Migrationsströme und neue Konflikte auslöst.

**Wörter:** 633

Mediengattung: Online News

Nummer: 3967894679

Weblink:

<https://www.noz.de/politik/artikel/1850542/aktivisten-von-fridays-for-future-jung-gebildet-und-radikal>

Visits (VpD): 0,220 (in Mio.)

# Aktivisten von Fridays for Future: Jung, gebildet – und radikal?

Hamburg. Nach einem Jahr Fridays for Future häufen sich die ersten Anzeichen für steigenden Frust bei den jungen Aktivisten. Ist das eine Gefahr oder ganz normal?

Wer einmal eine Fridays-for-Future-Demonstration besucht, merkt schnell, wie friedlich und gesittet dort protestiert wird. Lautstark ja, aber ohne Gewalt. Von Ausschreitungen ist bisher noch nichts bekannt – und das obwohl jeden Freitag in mittlerweile rund 100 Ländern Schüler ihren Unterricht lassen, um für den Klimaschutz auf die Straße zu gehen.

In Deutschland ist Fridays for Future besonders stark gewachsen. Die junge Bewegung scheint in Teilen der Bevölkerung ein Umdenken zu bewirken. Seien es Debatten über eine CO<sub>2</sub>-Steuer, Klimanotstand in zahlreichen Städten oder lediglich eine stärkere Sensibilisierung für das Thema – man könnte meinen, in einem Jahr hat Fridays for Future schon viel erreicht. Aber reicht das den Aktivisten auch?

"De facto hat sich bislang nichts geändert"

Dr. Simon Teune, der zu sozialen Bewegungen an der Technischen Universität in Berlin forscht, ist skeptisch: "Die Bilanz bei Fridays for Future fällt zurzeit noch gemischt aus. In verschiedenen Politikfeldern wie Energie und Verkehr gibt es zwar Zustimmung für die Klimaschutz-Forderungen, aber de facto hat sich bislang nichts geändert." Teune, dessen Berliner Institut im März eine viel beachtete Befragung zur Fridays for Future veröffentlichte, warnt vor einer Zermürbung der jungen Bewegung, sollte ihr Klimaprotest nicht in konkrete politische Maßnahmen münden. Derzeit seien von Seiten der politischen Akteure noch keine ausreichenden Bestrebungen erkennbar: "Es gibt keine mutige Agenda oder ernst zunehmende gesetzgeberische Initiativen, die tatsächlich zu einer Erreichung der Klimaziele aus dem Pariser Abkommen führen würden", sagt Teune.

Befragung zu Fridays for Future

Die Aktivisten von Fridays for Future sind vergleichsweise jung, politisch links orientiert, gut gebildet, stammen überproportional häufig aus Akademikerhaushalten und sind zu deutlich mehr als der Hälfte weiblich. Das ergab eine Umfrage, die das Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung im März durchgeführt hat. (dpa) Absichtserklärungen lösen noch keine Klimakrise

Die Umsetzung der im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaziele zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius ist eine zentrale Forderung von Fridays for Future. Die dafür notwendige Reduzierung des Ausstoßes an klimaschädlichem CO<sub>2</sub> verlange unter anderem einen früheren Kohleausstieg und einen Ausbau erneuerbarer Energien. Bislang aber bleiben diese Forderungen vor allem Absichtserklärungen auf Papier, die noch keine Klimakrise lösen können. Das räumen die jungen Aktivisten selbst ein: "Eine Debatte verringert noch nicht den CO<sub>2</sub>-Ausstoß", sagt etwa Jakob Blasel aus Kiel in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur.

Hitzig darüber diskutiert wurde jüngst bei einem internationalen Fridays-for-Future-Kongress im schweizerischen Lausanne. Auslöser war laut Medienberichten ein Forderungskatalog, der konkrete Handlungsanweisungen etwa zu Reformen in der Landwirtschaft und zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen in der Schifffahrt an die Politik auflistete. Ausgerechnet die Initiatorin der jungen Bewegung, Greta Thunberg, hatte daran aber offenbar Bedenken. Ihr und anderen Teilnehmern sollen die Forderungen zu spezifisch gewesen sein. Schnell wurden die Meinungsverschiedenheiten von anwesenden Journalisten zu einem heftigen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung der Bewegung hochstilisiert.

Weiterlesen: Zoff bei Fridays for Future? Greta Thunberg sieht Schuld bei Journalisten

Anzeige Anzeige

Gefahr einer Spaltung

Solch einen Streit hat es nach Auffassung von Bewegungsforscher Teune, der selbst kurz vor Ort war, aber nicht gegeben. "Unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren, gehört in sozialen Bewegungen zum Tagesgeschäft", sagt der Wissenschaftler. Auch Heiko Geiling vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Hannover, der sich in seinen Forschungen mit sozialen Milieus beschäftigt, meint: "Diese Richtungskämpfe in sozialen Bewegungen sind ganz normal." Was aber, wenn sich die Konflikte fortsetzen und tiefere Gräben reißen? Kommt es dann zur Spaltung?

Diese Gefahr sei bei sozialen Bewegungen immer gegeben, sagt Teune. Allerdings glaubt der Experte, Fridays for Future sei davor gefeit – solange es keine Aufrufe zur Gewalt gebe. Bislang sei aber noch von keiner Gruppe bekannt, dass sie etwa Anschläge, Bedrohungen oder Angriffe auf die Polizei rechtfertigen, fordern oder vorantreiben würde. Allerdings herrsche in einigen Ortsgruppen eine radikalere Meinung etwa zum Kapitalismus vor als in anderen.

Droht ein Abdriften in Gewalt?

Gemein ist allen Ortsgruppen, dass sie sich durch die Schulstreiks am zivilen Ungehorsam beteiligen. Künftig aber könne es bei Fridays for Future laut Teune auch darum gehen, die Gangart zu verschärfen und konfrontative Formen des zivilen Ungehorsams zu wählen, die über die Schulstreiks hinausgehen. Dazu würde mit Sicherheit über eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Klimagerechtigkeitsbewegung wie etwa "Ende Gelände"



oder "Extinction Rebellion" gesprochen. Lesen Sie auch: Streiken für das Klima: Wer Fridays for Future noch unterstützt Eine erste bundesweite Mobilisierung mit den Aktivisten von "Ende Gelände" aus dem Hambacher Forst gab es bereits bei der internationalen Fridays-for-Future-Demo in Aachen. An den Anti-Braunkohle-Protesten im Rheinischen Revier, die am gleichen Wochenende abgehalten wurden, beteiligten sich dann auch Aktivisten von Fridays for Future. Zuletzt sorgte ein Foto von Greta Thunberg mit einer Vermummten aus dem Hambacher Forst für Irritationen. Für Dr. Teune ist das unverständlich: "Nur die Tatsache, dass sie ihr Gesicht nicht zeigt, wird als Signal gedeutet, dass Fridays for Future in die Gewalt abdriftet. Das halte ich für ziemlich absurd."

Mit diesem Foto aus dem Hambacher Forst lösten Greta Thunberg und Fridays for Future – rechts ist die deutsche Aktivistin Luise Neubauer zu sehen – Irritationen aus. Foto: dpa/Oliver Berg Die Aktivistin Luise Neubauer, die in Deutschland schon eine gewisse Prominenz besitzt, hatte bereits in einem Interview mit dem Magazin

"Geo" verlautbart: "Ich denke schon, dass wir radikaler werden müssen." Sie schob aber nach, dass dies nicht bedeutete, sich nun "im Ende-Gelände-Style in die Gruben zu stürzen". Allerdings müsse man sich auch andere Bevölkerungsgruppen an die Seite holen. Was ist mit anderen Akteuren?

Für Professor Geiling ist klar, dass "der Anti-Autoritarismus der Fridays for Future-Bewegung in der Regel fremdbestimmte politische Einmischungen und Interessen verhindern wird". Gleichzeitig müsse die Bewegung an ihren Forderungen und an ihrer aufklärenden Demonstrationskultur festhalten, um

auch für andere Gruppen in der Gesellschaft attraktiv zu werden.

"Gelingt dies, werden sich die Akteure unseres politischen Systems bewegen." Professor Heiko Geiling

Allerdings könnten soziale Bewegungen ihre Vehemenz und damit ihre Mobilisierungskraft verlieren, wenn sie sich frühzeitig auf Kompromisse mit Akteuren des politischen Systems einließen. Andererseits seien sie aber auch langfristig auf diese Akteure angewiesen, wenn sie einen Politikwechsel im Umgang mit dem Klimawandel erreichen wollten.

Wie geht es weiter?

"Fridays for Future hat das Potenzial, sich mittelfristig zu etablieren, es gibt aber keine Garantie, ob es gelingt, dem drohenden Burn-Out zu entgehen", sagt Soziologe Dieter Rucht gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Das mediale Interesse werde abflauen, auch auf der Straße lasse der Zulauf inzwischen sichtbar nach. "Aber auch dann kann es auf kleinerer Flamme weitergehen", meint der Experte. Die Bewegung dürfe sich allerdings nicht im freitäglichen Streikritual erschöpfen, sondern müsse Position beziehen zu Themen jenseits der Klimakrise, etwa zur Frage, wie Demokratie oder Wirtschaft gestaltet sein sollen.

Weiterlesen: Vorbild Greta Thunberg: Osnabrücker organisiert Klimademos mit

Ein Burn-Out droht Fridays for Future nicht nur auf der Straße. Auch intern könne es laut Teune zu Überforderungen von Einzelpersonen kommen, die mittlerweile ihr ganzes Leben dem Protest widmeten. "Sie können nach einem kurzen Zeitraum schon ziemlich ausgebrannt sein", sagt Teune.

Luise Neubauer investiert in Deutschland viel Schweiß und Zeit in die Arbeit

von Fridays for Future. Die 23-jährige ist überzeugt davon, dass die Bewegung noch weiter wachsen wird. Es würden "immer weiter andere Menschen aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen ermutigt, sich anzuschließen – und da geben wir nicht auf und da lassen wir auch nicht locker", sagt sie.

Sie ist das Gesicht der deutschen Fridays for Future: Klimaaktivistin Luise Neubauer. Foto: dpa/Monika Skolimowska

Neubauer gehört zu jenen Aktivisten bei Fridays for Future, die viel zu sagen haben. Dennoch meint Soziologe Rucht, es fehle dem losen, dezentralen Bündnis an klaren Verantwortlichkeiten und gewählten Delegierten. Entscheidungsabläufe seien auch nach mehreren Monaten des Bestehens "diffus und intransparent".

Parallelen mit 68ern?

Schon oft wurde Fridays for Future mit der 68er-Bewegung verglichen. Für Teune ist dieser Vergleich jedoch nicht sinnstiftend. Zwar existierten ähnliche Strukturen, was die soziale Herkunft betreffe, doch offenbarten sich Unterschiede sowohl bei der Einbindung in vorhandene Bewegungen als auch bei der Zielsetzung. Während die 68er eine Umwälzung des gesellschaftlichen Systems anstrebten, sende Fridays for Future keine revolutionäre Botschaft, sondern poche vor allem auf die Einhaltung bereits getroffener Vereinbarungen. Ähnlich sieht das Soziologe Rucht: Anders als die 68er setze Fridays for Future nicht auf scharfe Lagerbildung, sondern präsentiere sich "friedlich, nett und ohne Aggressivität."

Weiterlesen: Logbuch zum Segeltrip von Greta Thunberg in die USA Mit Material von dpa

**Abbildung:**

Fridays for Future demonstrierte bei den Anti-Braunkohle-Protesten gemeinsam mit dem Bündnis "Ende Gelände". Foto: imago images / Future Image.

**Wörter:**

1405